Frau Butz erläutert die Vorlage. Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, als Teilfachplan – einer vom Rat beschlossenen Sozialraumplanung – den Schwerpunkt auf die Familienfreundlichkeit in der Kommune zu legen. Hierzu soll ein entsprechender Auftrag vergeben werden.

Im Anschluss stellt Herr Betz, als möglicher Auftragnehmer, sein Konzept (welches der Einladung beigelegt war) vor.

Auf verschiedene Fragen aus dem Ausschuss an die Verwaltung teilt Frau Butz mit, es sich bei der „Familienfreundlichkeit in der Kommune“ lediglich um einen Vorschlag und einen Teilplan handelt. Dieser Vorschlag beinhaltet die frühe Förderung, insbesondere für Kinder bis drei Jahre, Planung von Betreuung im Grundschulbereich und die Möglichkeiten der Vernetzung von Angeboten. Ein weiteres Planungsfeld könnte der Kinderschutz sein.

Frau Butz teilt auf weitere Nachfragen mit, dass es sehr schwierig war, überhaupt einen Anbieter für einen solchen Teilplan (familienfreundliche Kommune) zu finden. Planungsbüros befassen sich mit größeren Gesamtplanungen, von Universitäten erfolgten keine Rückmeldungen. Auch ist keine Kommune gefunden worden, die eine solche Teilplanung in der Vergangenheit eingekauft hat. Eine preisliche Vergleichsmöglichkeit gibt es daher auch nicht. Der Auftragswert ist ergebnisorientiert. Seitens der Verwaltung wird es als wichtig erachtet, dass sich ein Anbieter vor Ort bzw. in unmittelbarer Nähe befindet. Eine Verwaltungsmitarbeiterin, die sich im Erziehungsurlaub befindet, zu bitten, sich mit der Erstellung des entsprechenden Teilplanes zu befassen, ist für die Verwaltung keine Option.

Auf verschiedene Fragen aus dem Ausschuss an Herrn Betz teilt dieser mit, dass er zwar keine explizite Ausbildung/Fortbildung zum Planer hat, jedoch die Belange der Stadt kennt, im Jugendamt ein Praktikum gemacht hat, als Berater im Branchenkompetenzzentrum tätig ist und Sozialwissenschaften studiert habe. Unter „Adressatennähe“ verstehe er eine Zusammenarbeit mit den Familien, z.B. in Form einer Befragung. Er führt weiter an, dass – sofern er die bereits vorhandenen Daten zeitnah erhält und keine Blockaden auftreten – nicht davon ausgeht, dass der geplante Zeitraum von 5 Monaten weit überschritten wird. Auch dann bliebe der von ihm erstellte Angebotspreis bestehen. In den Familienzentren wird er als Beauftragter des JHA und der Stadt auftreten/sein Projekt vorstellen.

Auf die Frage aus dem Ausschuss hinsichtlich eines fehlenden Maßnahmenkataloges im Angebot von Herrn Betz führt der Vorsitzende an, dass der JHA die Maßnahmen bestimmen muss.

Seitens der freien Träger wird angeführt, dass diese sich – aufgrund der ihnen teilweise nicht rechtzeitig zugegangenen Einladung – nicht in der Lage sehen, eine Meinung zu dem Angebot des Herrn Betz zu bilden bzw. dieses qualifiziert zu beurteilen.

Die Freien Träger und die AL beantragen, den Top und die dazugehörige Beschlussfassung abzusetzen, und die Verwaltung zu bitten neue Anbieter zu suchen.